

Über die Rolle von Jurist*innen in der Klimakatastrophe – Interview mit Carla Hinrichs von der „Letzten Generation“

Das Interview führte **Amelie Schillinger**, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der djb-Geschäftsstelle am 21. März 2023. Bei der Vor- und Nachbereitung wurde sie tatkräftig unterstützt von **Toni Meiswinkel**, Praktikantin in der djb-Geschäftsstelle und von **Valerie Lesser**, FSJ-P in der djb-Geschäftsstelle, Berlin.



▲ Amelie Schillinger und Carla Hinrichs; Foto: Toni Meiswinkel

Schillinger: Liebe Carla, warum ist Klimagerechtigkeit ein Thema für Dich und warum sollte es auch eins für den djb sein?

Hinrichs: Klimagerechtigkeit ist gefühlt das Thema meines Lebens. Ich beschäftige mich mit wenig anderem als mit dem Kampf für Klimagerechtigkeit – aber nicht aus Interesse, sondern aus der Not gedrungen. Wir finden uns in einer Krisensituation wieder und wenn wir uns die Wissenschaft anschauen, wissen wir: wir rasen in eine Katastrophe. Das ist ein Thema, was uns alle beschäftigen sollte, auch den Juristinnenbund. Was ich gerade aus der Rechtswissenschaft sehr vermisste und von den Juristinnen – seien es Richterinnen, Staatsanwältinnen, Anwältinnen oder Juristinnen in allen möglichen Bereichen – ist die Positionierung zum staatlichen Handeln. Die Politik dieser Regierung treibt uns gerade maßgeblich in eine Katastrophe, das kann nicht mit unserem Grundgesetz konform sein. Es kann nicht mit den eigenen Klimaschutzgesetzen konform sein, was sie macht, und da braucht es Jurist*innen, die sich positionieren und dazu Stellung beziehen.

Schillinger: Also siehst Du eine Verantwortung bei Juristinnen qua ihrer Rolle im Rechtsstaat. Ist Klimagerechtigkeit für Dich demnach auch ein feministisches Thema?

Hinrichs: Definitiv. Schon allein, wenn wir uns anschauen: Wer ist denn von dieser Krise betroffen, sind oft Frauen oder FLINTA*-Personen¹ viel stärker betroffen als Männer.

Wenn wir uns anschauen, wie Widerstand in der Geschichte funktioniert hat, haben Frauen eine ganz besonders wichti-

Carla Hinrichs, geboren 1997 in Bremen, ist Pressesprecherin der Klimaschutz-Gruppierung „Letzte Generation“. Seit ihrem zwölften Lebensjahr engagiert sie sich politisch. Mittlerweile hat sie ihr Jurastudium unterbrochen, um sich vollumfänglich dem Klimaaktivismus zu widmen. Im März 2023 wurde sie vom Amtsgericht Berlin Tiergarten zu einer Geldstrafe von 600 Euro wegen Nötigung verurteilt, im Mai 2023 wurde sie vom Amtsgericht Frankfurt am Main zu einer Freiheitsstrafe von zwei Monaten (ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung) verurteilt. Die beiden Urteile sind zum Redaktionsschluss Ende Mai 2023 noch nicht rechtskräftig.

ge Rolle. Wir wissen aus Studien, dass Widerstand, bei dem Frauen beteiligt waren oder in der ersten Reihe mitgegangen sind, mitgeplant oder die Strategien gemacht haben, wesentlich nachhaltiger gewesen ist. Ich spreche hier von Frauen, weil in der Geschichte sowie der Wissenschaft und den Studien von Frauen gesprochen wird, deshalb verwende ich diesen Begriff. Frauen tragen eine Friedlichkeit in den Protest, die nachhaltiger ist und dazu führt, dass es für einen großen Teil der Gesellschaft einfacher ist, sich dem Protest anzuschließen. Also definitiv ist es ein feministisches Thema.

Schillinger: Bist Du Feministin?

Hinrichs: Ja, ich würde mich als Feministin bezeichnen. Wir sind an einem Punkt, an dem wir sehen, dass wir uns in einer Systemkrise befinden. Dass das immer höher, immer schneller, immer Weiter-so uns an diesen Punkt gebracht hat, an dem wir in eine Katastrophe steuern – und das ganz physikalisch. Wenn man sich anschaut, wer in Machtpositionen war und diese Gesellschaft gebaut hat in den letzten 40, 50 Jahren, als man schon von der Klimakatastrophe wusste, waren es hauptsächlich Männer – und dann ist es auch ein patriarchales Problem, in dem wir gerade drinstecken.

Schillinger: Was ist Deine Erklärung, warum so viele führende Gesichter der Klimabewegungen Frauen sind, also bei Fridays for Future, bei euch bei der letzten Generation und auch international?

Hinrichs: Weil wir uns nicht mehr die Bühne nehmen lassen. Es ist Zeit, dass Frauen vorne stehen, dass FLINTA*-Personen vorne stehen. In der Vergangenheit war das maßgeblich von Frauen geplant, und dann standen doch immer Männer vorne. Die Klimagerechtigkeitsbewegung bietet keinen perfekten, aber

¹ Anm. d. Red.: gemeint mit FLINTA*-Personen sind Frauen, Lesben sowie inter, nichtbinäre, trans und agender Personen; der Begriff dient somit als Gegenbegriff zu cis Männern.

einen recht sicheren Raum, um sich zu empowern und sich als Frau nach vorne zu stellen und zu kämpfen.

Schillinger: Carla, Du bist – wie wir beim Juristinnenbund – Juristin. Wie geht es weiter mit Deinem eigenen Jurastudium und was bedeutet es für Dich, gleichzeitig Juristin und Angeklagte im Strafprozess zu sein?

Hinrichs: Ich wünschte, ich könnte sagen, ich bin Juristin, aber im Endeffekt habe ich bis zur Scheinfreiheit studiert und das Staatsexamen nicht gemacht, weil ich mich seit drei Jahren komplett dem Widerstand in einer Katastrophe verschrieben habe und da ist es einfach nicht drin, sich mal eben auf das Staatsexamen vorzubereiten. Ich würde es tatsächlich sehr, sehr gerne machen. Mein Ansatz war auch, Jura zu studieren, um die Welt ein Stück besser zu machen und in dieser Form für Gerechtigkeit sorgen zu können. Aber in dieser drängenden Zeit ist es einfach nicht möglich, dass ich mein Studium beende und diesen Weg gehe. Deswegen war es für mich auch absurd und hat mich meine Identität hinterfragen lassen, als ich das erste Mal vor Gericht stand. Während meines Studiums habe ich mir viele Prozesse angeguckt, weil ich das spannend fand. Plötzlich dort als Angeklagte zu sitzen war eine ziemlich absurde, emotional schwierige Situation.

Schillinger: Der Stand ist jetzt gerade: Du wurdest verurteilt, aber ihr geht in Berufung?

Hinrichs: Genau, ich habe Rechtsmittel eingelegt. Ob dabei eine Berufung oder eine Revision rauskommt, weiß ich noch nicht, und es laufen noch andere Verfahren gegen mich, meistens Strafbefehlsverfahren. Das heißt, man ist ohne mündliche Verhandlung verurteilt, und dann kommt es über den Einspruch erst zu dem Prozess vor Gericht.

Schillinger: Machst Du die Verfahren alle mit Deinem Professor *Gerd Winter* zusammen?

Hinrichs: Nein, ich hatte ihn für das erste Verfahren gefragt, ob er sich das überhaupt vorstellen kann, er ist ja kein Strafrechtsprofessor. Er meinte, dass er sich auch erstmal reinfuchsen muss, einen Kommentar kaufen und seine Kolleg*innen fragen. Wir überlegen jetzt, ob wir auch die nächste Instanz zusammen machen. Ich glaube aber, die ganzen nächsten Verfahren mache ich allein, ich habe den juristischen Hintergrund und ich stehe auch nicht vor Gericht, weil ich etwas juristisch argumentieren muss, etwa ob ich da jetzt neun, zehn oder elf Minuten saß, sondern wo ich erklären kann, warum ich auf der Straße sitze und von dem Gericht verlangen kann, dass es meine Gründe einbezieht. Da kann ich mich auch gut alleine verteidigen, das werde ich in den nächsten Prozessen machen.

Schillinger: *Gerd Winter* wurde im Kontext mit Deinem Prozess vorgeworfen, den Nationalsozialismus relativiert zu haben.² Kannst Du etwas dazu sagen?

Hinrichs: Ehrlich gesagt würde ich ungern etwas dazu sagen, weil ich es schade finde, wie er dafür diskreditiert wird. Aber ich weiß, dass es eine sehr ungünstige Formulierung war, und ich würde einen solchen Vergleich nicht ziehen.

Schillinger: Was bedeutet ziviler Ungehorsam für Dich? Was ist das für eine Protestform? Würdest Du sagen, ziviler Unge-

horsam agiert innerhalb des geltenden Rechts oder außerhalb? Oder lebt er davon, dass er an der Schnittstelle agiert?

Hinrichs: Ziviler Ungehorsam ist für mich erstmal außerhalb von „Was ist Recht und was ist Unrecht?“ zu definieren, was unsere Gesetze betrifft. Es ist einfach eine Überschreitung von gesellschaftlichen Normen. Manche davon können Strafrechtsnormen sein, und manche können rein emotional sein. Es ist auch Ungehorsam, einen Kinderwagen vor dem Reichstag anzuzünden. Da sagen auch alle, das ist eine krasse Grenzüberschreitung in gewisser Form. Es ist ein „Beim-aktuellen-System-nicht-mehr-mitmachen“ und sich aktiv entscheiden, Grenzen zu übertreten, das kann, wie gesagt, dann auch Strafrechtsgrenzen treffen.

Schillinger: Also würdest Du sagen, ja, die Aktionen sind zumindest zum Teil illegal. Trotzdem plädiert ihr für einen Freispruch.

Hinrichs: Natürlich gucken wir uns vorher die Straftatbestände an und wir gehen auch nicht unvorbereitet in so einen Protest. Ich bin mir immer sehr bewusst, was mir am Ende vor Gericht vorgeworfen werden könnte. Und auch Menschen, die keinen juristischen Kontext haben, werden darauf vorbereitet. Es ist sehr wichtig, zu wissen, was das Worst-Case-Szenario ist, das dabei herauskommen kann und dass Straftatbestände erfüllt sein können. Das, was uns am häufigsten vorgeworfen wird, ist Nötigung, ein komplizierter Straftatbestand, der eine Verhältnismäßigkeitsprüfung beinhaltet. Das ist kein klares Tatbestandsmerkmal, sondern hier gilt es abzuwagen. Ich bin fest davon überzeugt, dass mein Verhalten nicht verwerflich ist und dass es dementsprechend nicht bestraft werden kann. Sollte ein Gericht mein Verhalten für verwerflich halten, dann ist es trotzdem im letzten Schritt gerechtfertigt durch einen rechtfertigenden Notstand. Ich habe mir das alles wirklich lang und breit angeschaut und wir sprechen auch mit Juristinnen dazu. Das kann man argumentieren, und das sollte man auch argumentieren. Die Gerichte müssen anfangen, das auch wirklich einzubeziehen. Im Moment sträuben sich die meisten Amtsrichter*innen davor, sich das überhaupt anzuschauen.

Schillinger: Wäre es ein Erfolg, wenn man anfängt, euch freizusprechen, oder nähme es euch nicht vielleicht auch ein bisschen den Wind aus den Segeln?

Hinrichs: Es wäre ein unglaublicher Erfolg, wenn das freigesprochen werden würde. Es würde erst mal sagen: die Rechtswissenschaft oder die ganze Judikative erkennt die Klimakatastrophe an. Das ist genau das, was wir brauchen. Wir müssen als Gesellschaft diese Krise anerkennen, sonst kommen wir da nicht raus. Zudem hätte es ein großes Mobilisierungspotential. Das, was die Leute davon abhält, sich uns anzuschließen, wäre

2 Laut der Berichterstattung des FOCUS soll Winter in seinem Plädoyer gesagt haben: „Meine Generation hat ihre Eltern gefragt: Habt ihr den NS-Staat geduldet oder gar unterstützt oder habt ihr Spielräume genutzt, um ihn zu bekämpfen? Diese Frage stellt sich mit der noch größeren Katastrophe, die auf uns zukommt, neu, und sie wird auch Ihnen, Herr Präsident, gestellt werden.“ FOCUS online vom 10.03.2023, https://www.focus.de/politik/deutschland/eine-viel-groessere-katastrophe-anwalt-von-klimakleberin-vergleicht-klimawandel-mit-holocaust_id_187959794.html (Zugriff: 08.05.2023).

weg. Viele sagen: „Ich kann mich nicht auf die Straße setzen, weil es strafrechtliche Konsequenzen hat, ich kann das nicht bezahlen, ich habe unfassbare Angst, dafür ins Gefängnis zu müssen“. Wenn ein Gericht sagen würde: „Ihr dürft das, es ist angemessen, dass ihr diesen Verkehr unterbrecht, dass ihr tut, was ihr tun müsst, in dieser Krise“, würde das ein unglaubliches Potential entfalten – es würde uns keineswegs den Wind aus den Segeln nehmen.

Schillinger: Ihr geht aber davon aus, dass es weiterhin erstmal Ersatzhaft und Haftstrafen geben wird?³

Hinrichs: Es gab in Heilbronn die ersten Verurteilungen zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung für eine Unterbrechung des Verkehrs. Das geht in die Berufungsinstanz, und man weiß nicht, was dabei rauskommt. Es ist ja nicht nur, dass Menschen nicht bezahlen können oder wollen, sondern es ist auch die Situation, dass sie die Aktionen immer wieder wiederholen. Und dass das Rechtssystem hier nicht funktioniert. Die Situation mit den Richter*innen ist spannend, weil die meisten noch nie eine Angeklagte hatten, die klar sagt: „Hab ich gemacht, mach ich wieder, habe ich gestern auch gemacht, werde ich morgen wieder machen, bin ich fest davon überzeugt, dass es das Richtige ist. Sie können hier machen, was Sie wollen. Ich werde das wieder tun, weil es in der Krisensituation genau das Richtige ist.“ Das ist für viele Richter*innen, glaube ich, eine Herausforderung und eine neue Situation.

Schillinger: Meinst Du, dass sich euer Protest auf die juristische Auslegung der Nötigung auswirken wird? Aktuell hält man sich hier ja noch an die sogenannte Zweite-Reihe-Rechtsprechung.⁴

Hinrichs: Gerade die ganze Fernziel-Thematik ist unfassbar problematisch. Wenn man sich auch nur einen Tag hinsetzt und mit der Klimakatastrophe, der physikalischen Realität und der eigenen Betroffenheit auseinandersetzt, dann kann man nicht mehr sagen, das sei ein Fernziel. Das ist für mich völlig absurd, vor allem der Vergleich mit anderen Blockaden. Zu sagen, das hier ist ein politisches Ziel, finde ich unglaublich. Das muss in den Verhandlungen weiter besprochen werden und ich bin sehr gespannt, was die nächsten Instanzen dazu sagen werden. Das ist eine Verantwortungsposition, die alle Jurist*innen im Moment haben. Es liegt in der Verantwortung der Richter*in, aber auch derer, die darüber schreiben und sich in der Öffentlichkeit positionieren. Wir, die Widerstand leisten, können sitzen und argumentieren – aber was für eine Kraft hätte es, wenn 100 Jura-Professor*innen in Deutschland sagen würden: „Wir sehen das auch so, Gerichte macht mal was!“ Das würde dem Ganzen eine Stärke geben, die von den Menschen im Widerstand nicht kommen kann.

Schillinger: Du warst bei *Anne Will* in der Talkshow mit Justizminister *Marco Buschmann* und Du hast – sinngemäß – zu ihm gesagt: „Nicht wir brechen das Gesetz – Sie brechen das Gesetz“. Welche Gesetze bricht die Bundesregierung aus Deiner Sicht?

Hinrichs: Ja, ich saß mit *Marco Buchmann* in einer Talkshow – spannende Situation, als Jurastudentin mit dem Bundesjustizminister zu diskutieren. Erst mal bricht die Bundesregierung

ihr eigenes Klimaschutzgesetz. Das Klimaschutzgesetz ist nicht ausreichend und zudem halten wir es nicht ein. Dazu kommt die Frage, ob sich die Bundesregierung an die Verfassung hält. Ich lese aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts heraus – und auch Jurist*innen, mit denen wir in Kontakt stehen, stimmen zu – dass die 1,5-Grad-Grenze, also das Pariser Abkommen, eine Verfassungsfrage ist. Dass der Staat somit die Aufgabe hat, dieses Ziel zu verfolgen und dafür einen plausiblen Plan vorlegen muss. Aber es gibt keinen Plan. Es gibt immer so einen bunten Strauß an Maßnahmen, aber keinen zusammenfassenden, plausiblen Plan, der diese Katastrophe abwenden kann, beziehungsweise der in der Lage ist, Paris einzuhalten. Damit bricht diese Regierung die Verfassung. Ich kann nachvollziehen, dass es schmerhaft ist, das an sich ranzulassen, da damit alles in Frage steht. Wenn wir uns fragen, ob die deutsche Regierung die eigene Verfassung bricht, stellt das in Frage, worauf unser Rechtssystem aufgebaut ist. Wir schätzen in Deutschland unsere Verfassung, die zudem historisch gesehen so wichtig ist. Aber wenn man sich das wirklich anguckt, dann gibt es gerade keinen Plan, sie nicht zu brechen. Das habe ich versucht, *Marco Buschmann* zu erklären.

Schillinger: Würdest Du sagen, dass die Klimakrise langfristig auch zu einer Krise des Rechtsstaats wird?

Hinrichs: Absolut. Das sage nicht ich, sondern das würde wahrscheinlich jede Klimawissenschaftler*in unterschreiben. Dass es absolut gefährdend ist für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wenn ganz Norddeutschland überflutet ist, wenn wir Wasser rationieren müssen, wenn wir uns fragen müssen, wo wir unsere Lebensmittel herbekommen, dass da ein Rechtsstaat nicht so einfach aufrecht zu erhalten ist. Allein wenn man auf die Menschenrechte blickt: der IPCC-Bericht, der gestern rausgekommen ist – und der ist sehr konservativ – besagt, die Hälfte der Menschheit ist jetzt schon akut bedroht. Die Hälfte der Menschheit – das ist nicht irgendwer. Wenn Milliarden Menschen fliehen müssen und wir die im Mittelmehr ertrinken lassen, dann frage ich mich ernsthaft, wo wir mit unseren Menschenrechten überhaupt noch hinwollen. Was den Rechtsstaat betrifft: der ist wirklich gefährdet und unglaublich fragil allein dadurch, dass rechte Kräfte die Chance haben, an die Macht zu kommen, wenn diese Missstände erst mal eintreten und die Gesellschaft in den Panikmodus verfällt. Man müsste jetzt anfangen, unseren Rechtsstaat zu stärken und eine starke Demokratie zu schaffen, die Menschen einzubeziehen und aufzuklären, um dem Ganzen vorzubeugen.

Schillinger: Liebe Carla, vielen Dank für das Gespräch!

3 Anm. d. Red.: Das Interview wurde am 21.03.2023 geführt, das war vor der Verurteilung von Carla Hinrichs zu einer Haftstrafe auf Bewährung am 11.05.2023.

4 Anm. d. Red.: Vgl. zu dieser Thematik den Beitrag von djb-Mitglied der Strafrechtskommission Daria Bayer: Auto fahren oder Klima retten? Verfassungsblog vom 06.10.2022: <https://verfassungsblog.de/auto-fahren-oder-klima-retten/> (Zugriff: 24.04.2023).